

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Dr. Gerhard Schick, Sven-Christian Kindler,
Dr. Thomas Gambke, Beate Müller-Gemmeke, Corinna Rüffer und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Auswirkungen der Niedrigzinsphase und eines potentiellen Zinsanstiegs

Die seit einigen Jahren andauernde Niedrigzinsphase bringt verschiedene Auswirkungen auf die Finanzbranche, die öffentlichen Haushalte und die Realwirtschaft mit sich. Nicht zuletzt sind Sparerinnen und Sparer betroffen.

Neben der Situation der im historischen Vergleich niedrigen Zinsen gilt es auch das Risiko zu berücksichtigen, dass die Zinsen wieder auf ein höheres Niveau ansteigen könnten. Wenn im Folgenden von einem schnellen Anstieg der Zinsen die Rede ist, beziehen die Fragesteller sich auf einen abrupten Zinsanstieg, wie ihn die Bundesbank im Finanzstabilitätsbericht 2014 in Szenario 3 ihres Makrostresstests gewählt hat. Die Bundesbank geht in diesem Szenario von einem abrupten Anstieg der kurzfristigen Zinsen um 3,5 Prozent im Jahr 2017 aus. Sie bezieht sich dabei auf die Entwicklung der Zinsen in den achtziger Jahren zwischen Mai 1988 und Mai 1989.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welches sind nach Ansicht der Bundesregierung die zentralen Gründe für die niedrigen Zinsen im Euroraum?
2. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass eine globale „Ersparnischwemme“ bei gleichzeitig rückläufiger Investitionstätigkeit niedrigere langfristige Zinsen verursacht?
3. Ist die Ursache der Niedrigzinssituation nach Ansicht der Bundesregierung eine seit Ausbruch der Finanzkrise bestehende so genannte Balance Sheet Recession (vgl. Argumentation von Richard Koo), in der die verschiedenen Marktteilnehmer versuchen, ihre Verschuldung zu reduzieren?
4. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Niedrigzinssituation vor allem durch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank verursacht wird?
5. Welche Maßnahmen – ausgehend von den Fragen 3 und 4, wie etwa die Stärkung der privaten und öffentlichen Investitionstätigkeit, den Abbau der Verschuldung der Banken über aufsichtliche Maßnahmen, die Erhöhung oder den Abbau der staatlichen Verschuldung – hält die Bundesregierung für geeignet, um zu einer Normalisierung der Zinssituation, also einer Annäherung an historische Durchschnittswerte, beizutragen?
6. Hält die Bundesregierung derzeit eine Normalisierung der Marktzinsen für wirtschaftspolitisch wünschenswert oder nicht, und wie begründet die Bundesregierung diese Auffassung?

7. Welche Anpassungen im Steuer-, Bilanzierungs- und Aufsichtsrecht hält die Bundesregierung angesichts der niedrigen Zinsen für erforderlich, und in welcher Form gedenkt sie, diese herbeizuführen?

Auswirkungen der Niedrigzinsphase auf öffentliche Haushalte

8. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Zinersparnis aller öffentlichen Haushalte (aufgegliedert nach Bund, Ländern und Kommunen) pro Jahr seit dem Jahr 2009 (aufgegliedert nach Jahren einschließlich der Prognose für das Jahr 2016), wenn als Vergleichzinssatz der hypothetische Durchschnittszins der Jahre 1999 bis 2008 (Wert bitte angeben) genutzt wird?
9. Wie hoch wäre nach Kenntnis der Bundesregierung die Zinersparnis, wenn alle Kredite der öffentlichen Haushalte zum aktuellen Zinssatz refinanziert werden könnten?
10. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass sich die Niedrigzinsphase positiv auf die Unternehmensgewinne auswirkt und somit auch positiv auf die Steuereinnahmen?
11. Wie schätzt die Bundesregierung die Auswirkungen der niedrigen Zinsen auf das gesamte Steueraufkommen ein?
12. Wie hat sich das Steueraufkommen aus der Kapitalertragssteuer bzw. Abgeltungsteuer mit dem sinkenden Zinsniveau verändert?
Kam es nach Kenntnis der Bundesregierung infolge des niedrigeren Zinsniveaus zu höheren Dividendenausschüttungen der Unternehmen, und wie haben sich diese auf das Steueraufkommen ausgewirkt?

Auswirkungen der Niedrigzinsphase auf öffentliche und private Banken sowie Versicherungen

13. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass durch die anhaltende Niedrigzinsphase eine neue Blasenbildung an den Finanzmärkten droht, und wenn ja, in welchen Bereichen?
14. Welche Instrumente stehen der Finanzaufsicht zur Verfügung, drohende Finanzmarktblasen frühzeitig zu erkennen und gegebenenfalls zurückzuführen?
15. Wie sind die Auswirkungen des niedrigen Zinsniveaus auf die staatlichen Abwicklungsanstalten FMS Wertmanagement und die Erste Abwicklungsanstalt (EAA)?
Erleichtern sie das Ziel, die dort ausgelagerten Wertpapiere, Kredite, Derivate etc. verlustminimierend abzuwickeln?
16. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Wirkung des niedrigeren Zinsniveaus auf die Gewinnsituation der kleinen Banken kurz- und langfristig ein, und erwartet die Bundesregierung bei andauernder Niedrigzinsphase wirtschaftliche Probleme bei diesen Banken?
17. Wie sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Auswirkungen auf die Bausparkassen, und sieht die Bundesregierung gesetzgeberischen Handlungsbedarf?

18. Warum hat die Bundesregierung angesichts des Ergebnisses des Stresstests für Lebensversicherer (bei andauerndem Niedrigzinsumfeld würde 80 Prozent der Industrie insolvent werden) nicht sofort alle Gewinnausschüttungen in Deutschland untersagt, und warum erlaubt die Bundesregierung weiterhin Gewinnausschüttungen im Rahmen eines Gewinnabführungsvertrages?

Auswirkungen der Niedrigzinsphase auf die Realwirtschaft

19. Wie schätzt die Bundesregierung den Effekt der niedrigen Zinsen auf die Konjunktur ein, und wie sehr und in welcher Form war nach Einschätzung der Bundesregierung das Wachstum in den letzten vier Jahren durch die Zinsen beeinflusst?
20. Wie schätzt die Bundesregierung die Wirkungen von langfristig niedrigen Zinsen auf die Vermögensverteilung ein?
21. Wie schätzt die Bundesregierung die Auswirkungen der Niedrigzinsen auf die Finanzierungsbedingungen deutscher Unternehmen ein?
22. Wie schätzt die Bundesregierung die Auswirkungen der Niedrigzinsen auf die Rücklagen der Unternehmen ein?
23. Wie schätzt die Bundesregierung die Auswirkungen der Niedrigzinsen auf die Vermögenssituation privater Haushalte ein?
24. Wie schätzt die Bundesregierung die Auswirkungen auf die Ersparnis privater Haushalte ein?
25. Wie schätzt die Bundesregierung die Auswirkungen auf die aggregierten Konsumausgaben der privaten Haushalte ein?

Auswirkungen eines etwaigen plötzlichen Zinsanstiegs auf öffentliche Haushalte

26. Geht die Bundesregierung von mittelfristig wieder ansteigenden Zinsen aus, und versucht sie deshalb, sich möglichst langfristig zu verschulden?
Wenn nein, warum nicht?
27. Geht die Bundesregierung von mittelfristig wieder ansteigenden Zinsen aus, und versucht sie deshalb, öffentliche Investitionen vorzuziehen?
Wenn nein, warum nicht?
28. Zu welchen Laufzeiten ist die Refinanzierung der öffentlichen Haushalte nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten 24 Monaten erfolgt (bitte Prozentwerte für die Laufzeiten bis ein Jahr, ein bis fünf Jahre, fünf bis zehn Jahre und länger angeben)?
29. Wie ist die derzeitige Fristigkeit der Bundesanleihen im Bestand (bitte mit gleicher Aufstellung, wie in Frage 28)?
30. Hat die Bundesregierung verschiedene Szenarien zur Entwicklung der Zinsen gerechnet, um die Fristigkeit derzeit begebener Anleihen zu begründen?
31. Wie groß wäre nach Einschätzung der Bundesregierung die Auswirkung eines plötzlichen Zinsanstiegs auf die öffentlichen Haushalte pro Jahr, wenn der durchschnittliche Zinssatz auf das Niveau der Jahre 1999 bis 2008 (vgl. Frage 8) sprunghaft ansteigen würde?

Auswirkungen eines etwaigen plötzlichen Zinsanstiegs auf öffentliche und private Banken

32. Welche Risiken würden sich für die staatlichen Abwicklungsanstalten realisieren, wenn es zu einem plötzlichen Anstieg des Zinsniveaus um 3,5 Prozent gemäß dem Stressszenario der Deutschen Bundesbank kommen würde?
33. Erwartet die Bundesregierung bei einem Anstieg des Zinsniveaus gemäß des Szenarios angesichts der langen Zinsbindung von Hypothekendarlehen im Bestand eine sinkende Zinsmarge der Banken, und wie wirkt sich diese auf die Stabilität einzelner Institute aus?
34. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Bundesbank, dass für größere Banken das unmittelbare Zinsänderungsrisiko bei dem Szenario klein ist (Finanzstabilitätsbericht 2014: „Bei den durchgeführten Makrostresstests wurden nur die kleinen und mittelgroßen Banken (Sparkassen, Kreditgenossenschaften und Kreditbanken (ohne Großbanken)) einbezogen, da für größere Banken den Marktrisikoumfragen der Bundesbank zufolge das unmittelbare Zinsänderungsrisiko klein ist.“)?
35. Plant die Bundesregierung aufgrund der Auffassung der Bundesbank, dass vor allem kleine und schlecht kapitalisierte Banken bei einem plötzlichen Zinsanstieg in Schwierigkeit geraten könnten (Finanzstabilitätsbericht 2014) besondere Eigenkapitalanforderungen für das Zinsrisiko, damit diese Banken nicht in existentielle Schwierigkeiten kommen?
36. Besteht nach Auffassung der Bundesregierung das Risiko einer Sparkassenkrise in Deutschland analog zur Sparkassenkrise in den USA in den 80er-Jahren?
37. Welche präventiven Maßnahmen ergreift die Bundesregierung vor diesem Hintergrund, und wenn sie keine ergreift, warum nicht?
38. Wie bewertet die Bundesregierung die Risiken eines Anstiegs des Zinsniveaus gemäß des Szenarios der Deutschen Bundesbank für die Bausparkassen?

Auswirkungen eines etwaigen plötzlichen Zinsanstiegs auf Versicherungen

39. Wie wären nach Einschätzung der Bundesregierung die Auswirkungen eines plötzlichen Anstiegs des Zinsniveaus gemäß des Szenarios der Deutschen Bundesbank auf die deutschen Lebensversicherer?
40. Sieht die Bundesregierung die Gefahr eines Run bei Lebensversicherungen, etwa in Form eines einbrechenden Geschäfts mit Einmalanlagen und höherer Stornoquoten?
Wenn ja, plant die Bundesregierung Maßnahmen, diesem vorzubauen und wenn nein, warum sieht die Bundesregierung diese Gefahr nicht?
41. Wären die Unternehmen nach Kenntnis der Bundesregierung für solch ein Szenario ausreichend kapitalisiert?

Auswirkungen eines etwaigen plötzlichen Zinsanstiegs auf die Realwirtschaft

42. Wie schätzt die Bundesregierung die Auswirkungen eines Zinsanstiegs nach dem Szenario der Deutschen Bundesbank auf private Schuldner ein?
43. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung insbesondere im Bereich Hypothekendarlehen eine signifikante Anzahl von Schuldnern, die sich variabel oder mit kurzer Zinsbindung finanziert haben und von einem solchen Zinsanstieg in die Privatinsolvenz getrieben würden?

44. Wie schätzt die Bundesregierung die Auswirkungen eines Zinsanstiegs nach dem Szenario der Deutschen Bundesbank auf die Finanzierungsbedingungen deutscher Unternehmen ein?
45. Wie schätzt die Bundesregierung die Auswirkungen eines Zinsanstiegs nach dem Szenario der Deutschen Bundesbank auf die Ersparnis privater Haushalte ein?
46. Wie schätzt die Bundesregierung die Auswirkungen eines Zinsanstiegs nach dem Szenario der Deutschen Bundesbank auf die aggregierten Konsumausgaben der privaten Haushalte ein?
47. Steht die Bundesregierung noch hinter der von der Expertenkommission „Neue Finanzmarktarchitektur“ (Issing-Kommission) im Jahr 2009 gegebene Empfehlung, dass geldpolitische Maßnahmen Aspekte der Finanzstabilität auch präventiv stärker mit einbeziehen sollten?
48. Ist die Bundesregierung in den G20-Verhandlungen der Empfehlung der Issing-Kommission gefolgt und hat sich für ein Mandat bei der Bank for International Settlements zur Entwicklung eines neuen geldpolitischen Rahmenwerks, das finanzstabilitätsbezogenen Aspekte präventiv mit berücksichtigt, eingesetzt?
Wenn nein, warum nicht?
Wenn ja, welche konkreten Ergebnisse haben sich daraus bislang ergeben?
49. Wie wird die im Communiqué des Treffens der G20-Finanzminister und Zentralbankdirektoren im Februar 2013 getroffene Aussage, die „Spillover“-Effekte geldpolitischer Maßnahmen auf andere Staaten zu minimieren, konkret umgesetzt, bzw. wie interpretiert die Bundesregierung diese Verpflichtung in Bezug auf die Effekte von „Quantitative Easing“?

Berlin, den 30. Juli 2015

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

